

Länderprüfung Energiepolitik

# Österreich 2026

Zusammenfassung

iea

# INTERNATIONAL ENERGY AGENCY

---

The IEA examines the full spectrum of energy issues including oil, gas and coal supply and demand, renewable energy technologies, electricity markets, energy efficiency, access to energy, demand side management and much more. Through its work, the IEA advocates policies that will enhance the reliability, affordability and sustainability of energy in its 32 Member countries, 13 Association countries and beyond.

This publication, as well as any data and map included herein, are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

## IEA Member countries:

Australia  
Austria  
Belgium  
Canada  
Czech Republic  
Denmark  
Estonia  
Finland  
France  
Germany  
Greece  
Hungary  
Ireland  
Italy  
Japan  
Korea  
Latvia  
Lithuania  
Luxembourg  
Mexico  
Netherlands  
New Zealand  
Norway  
Poland  
Portugal  
Slovak Republic  
Spain  
Sweden  
Switzerland  
Republic of Türkiye  
United Kingdom  
United States

The European Commission also participates in the work of the IEA

## IEA Accession countries:

Brazil  
Chile  
Colombia  
Costa Rica  
Israel  
Romania

## IEA Association countries:

Argentina  
China  
Egypt  
India  
Indonesia  
Kenya  
Morocco  
Senegal  
Singapore  
South Africa  
Thailand  
Ukraine  
Viet Nam

# Zusammenfassung

**Österreich hat sich eines der ambitioniertesten Klima- und Energieziele weltweit gesetzt, zu deren Erreichung es konkreter Umsetzungsstrategien und einer angemessenen Finanzierung bedarf.** Die angestrebte Klimaneutralität bis 2040 – ein ganzes Jahrzehnt vor der Europäischen Union (EU) – und einen Anteil von 100% erneuerbarer Energie an der nationalen jährlichen Strombilanz bis 2030 sind ambitionierte Ziele. Diese Ziele werden durch einen großen Bestand an Wasserkraftwerken (die rund 60 % der Stromerzeugung abdecken) – darunter 5,6 Gigawatt (GW) an Pumpspeicherkapazität – sowie den landesweiten Smart-Meter-Rollout unterstützt. Österreich weist den höchsten Anteil an erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in der Europäischen Union auf und ist das erste europäische Land, das einen wegweisenden Ansatz für die integrierte Planung von Energiesystemen entwickelt hat. Die Kluft zwischen Zielvorgabe und tatsächlicher Umsetzung wird jedoch immer größer: Während die gesamtwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen seit 1990 um 16 % gesunken sind, stiegen die Emissionen einschließlich Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) um 13 %. Das bedeutet, dass die österreichischen Wälder zunehmend ihre Fähigkeit verlieren, Kohlenstoff zu binden, was die Dringlichkeit verstärkter Minderungsmaßnahmen in allen Sektoren unterstreicht. Österreich muss seine Umsetzungsmechanismen und verfügbaren finanziellen Ressourcen überprüfen und neu ausrichten, um die bestehende Umsetzungslücke zu schließen. Dieser Bericht enthält Empfehlungen, die für die Erreichung der Energie- und Klimaziele in Österreich besonders dringend sind. Dies betrifft insbesondere zwei Schwerpunktbereiche: Flexibilität des Energiesystems und Stärkung der industriellen Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit.

**Die Bezahlbarkeit von Energie und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie stehen unter Druck.** Die österreichische Industrie, die im Jahr 2024 22 % des

Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwirtschaftete und 26 % der Beschäftigten stellte, steht vor den Herausforderungen hoher Energiepreise, Wettbewerbsdruck und Dekarbonisierung. Zur Bewältigung der Energiekrise 2021-2022 führte die Regierung Steuererleichterungen, direkte Zuschüsse und gezielte Unterstützungen für Industrie und Haushalte ein, unter anderem für Energieeffizienz und Elektrifizierung. Viele dieser Maßnahmen wurden in letzter Zeit zurückgefahren oder gestrichen. Mit dem im Dezember 2025 verabschiedeten Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) wird die Gestaltung des Strommarktes grundlegend reformiert, um die Energiekosten zu senken, die Systemflexibilität zu verbessern, die Verbraucher zu stärken und einkommensschwache Haushalte zu schützen. Es sind jedoch weitere Maßnahmen erforderlich, darunter die Stärkung des Wettbewerbs auf dem Strommarkt (Anbieterwechselrate unter 5 %) und die Verbesserung der regulatorischen Aufsicht im Bereich Fernwärme, auf die rund 20 % der gesamten Wärmenachfrage in Gebäuden entfallen. Die neue Industriestrategie 2035 enthält eine klare Vision und sieht neue Fördermaßnahmen vor, um die Produktivität der österreichischen Industrie, die Attraktivität für Investitionen und den wirtschaftlichen Erfolg zu steigern. Dazu gehören subventionierte Strompreise für die energieintensive Industrie, ein Ausgleich für indirekte CO<sub>2</sub>-Kosten sowie Investitionen in Innovation und die Förderung der Markteinführung neuer Technologien. Für Verbraucher bieten Energiegemeinschaften einen neuen Weg zu bezahlbarer Energie: Ende 2025 waren über 11 000 davon aktiv. Weitere rechtliche und regulatorische Verbesserungen können das erhebliche Potenzial solcher Energiegemeinschaften für das Energiesystem erschließen.

**Eine Beschleunigung der Gesetzes- und Regulierungsreformen kann Kosten und Flexibilität des Energiesystems verbessern.** Lange Verzögerungen bei der Verabschiedung von Gesetzen – darunter das EIWG und das noch ausstehende Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) – haben zu Unsicherheit geführt und Fortschritte gebremst. Es bedarf einer raschen Verabschiedung und Umsetzung entsprechender primär- und sekundärrechtlicher Vorschriften, um die Verbraucher zu stärken, die Flexibilität des Systems zu erhöhen und Großprojekte zur Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere im Bereich Windenergie, voranzutreiben. Die Regulierungsbehörde E-Control und andere zuständige Stellen müssen mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden, um neue Rechtsvorschriften wirksam umsetzen zu können. Eine Bündelung der Aufsicht auf Bundesebene sowie eine Modernisierung der Governance-Strukturen durch ein neues Klimaschutzgesetz könnten den raschen Ausbau der Infrastruktur durch straffere Planung, Genehmigungsverfahren und Maßnahmenumsetzung erleichtern. Der integrierte Netzinfrastrukturplan (NIP) ist ein positiver Schritt in Richtung einer integrierten Planung, die Synergien zwischen den Strom-, Gas- und

Wasserstoffsektoren nutzt. Es sind jedoch weitere Maßnahmen erforderlich, um die Stilllegung von Gasnetzen, den Ausbau von Fernwärme und Wärmespeichern sowie die Abstimmung der Wasserstoff- und Wärmeversorgungsstrategien zu koordinieren.

**Aufbauend auf dem „Solarboom“ in Österreich muss der Ausbau der Windenergie beschleunigt werden. Dabei muss der Schwerpunkt auf systemdienlicher Integration liegen.** 90 % des Strombedarfs in Österreich wurden 2024 durch erneuerbare Energien gedeckt, wobei der Anteil der fluktuierenden erneuerbaren Energien bei 23 % lag. Die Photovoltaik (PV) hat sich rasant entwickelt und im Jahr 2024 einen Anteil von 11,3 % an der Stromversorgung erreicht. Der Ausbau der Windenergie muss vorangetrieben werden, um den saisonalen Bedarf zu decken und die Schwankungen der Solarstromerzeugung auszugleichen. Österreich ist jedoch aufgrund von Genehmigungshürden und Governance-Herausforderungen derzeit nicht auf Kurs, das Ziel einer zusätzlichen jährlichen Stromerzeugung von rund 10 Terawattstunden (TWh) bis 2030 zu erreichen. Die rechtlichen Möglichkeiten zur Ausweisung von Windzonen müssen vollständig ausgeschöpft werden. Darüber hinaus sind transparente, langfristige Pachtverträge für öffentliche Flächen, eine koordinierte Raumplanung, vereinfachte Genehmigungsverfahren sowie eine proaktive Einbindung der Stakeholder erforderlich. Durch eine bessere Nutzung von Daten und digitalen Technologien, die Einbindung weiterer Akteure in Flexibilitätsleistungen sowie die Reform der Netzanschlussverfahren wird sichergestellt, dass erneuerbare Energien zur Netzstabilität und Kosteneffizienz beitragen. Dies muss durch eine umfassende Modellierung des Energiesystems unterstützt und begleitet werden.

**Die Systemflexibilität muss mit dem steigenden Anteil fluktuierender erneuerbarer Energien und der Elektrifizierung Schritt halten, um die Angebots- und Nachfrageschwankungen auszugleichen.** Im integrierten Netzinfrastukturplan (ÖNIP) Österreichs wird prognostiziert, dass sich der Strombedarf bis 2030 um 26% und bis 2040 um mehr als 75% gegenüber 2024 erhöht. Zur Deckung dieses Bedarfs verweist der Nationale Energie- und Klimaplan (NECP) darauf, dass zwischen 2020 und 2030 zusätzliche 35 TWh erneuerbarer Stromerzeugung erforderlich sind. Flexibilität ist in diesem Zusammenhang der Schlüssel zur Integration erneuerbarer Energien, zur Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit, zur Anpassung an Änderungen des Nachfrageverhaltens und zur Verbesserung der Bezahlbarkeit. Mit dem EIWG wurde der Rahmen für Flexibilität gestärkt: Es wurden doppelte Netzentgelte für Speicher (sowohl für die Entnahme als auch für die Einspeisung von Strom) abgeschafft, dynamische und zeitvariable Tarife sowie lokale Flexibilitätsmärkte eingeführt und den Netzbetreibern die Verpflichtung auferlegt, vor Investitionen in den Netzausbau

Flexibilitätslösungen zu prüfen. Ein weiterer Ausbau der Maßnahmen zum Lastmanagement ist unerlässlich, unter anderem durch die Schaffung von Anreizen für intelligentes Laden von Elektrofahrzeugen. Durch die Stärkung der Marktsignale und die Ermöglichung von *revenue stacking* auf Spot-, Regelenergie- und Systemdienstleistungsmärkten wird das volle Potenzial der österreichischen Flexibilitätsressourcen ausgeschöpft.

**Österreichs Forschungs- und Innovationsökosystem bildet die Grundlage für eine Führungsrolle in schwer zu dekarbonisierenden Sektoren.** Die öffentlichen FuE-Ausgaben überstiegen 2024 mit 3,3 % des BIP den bisherigen Rekordwert. Die öffentlichen FuE-Ausgaben im Energiebereich (401 Mio. EUR) unterstützten Innovation in den Bereichen Wasserstoff, CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Speicherung und -Nutzung (CCUS), Energieeffizienz sowie Elektrifizierung und in weiteren energiepolitisch relevanten Bereichen. Die fortschreitende Elektrifizierung der Industrie trägt zwar entscheidend zur Emissionsminderung und zu Produktivitätsgewinnen bei, doch die Dekarbonisierung vieler Hochtemperaturprozesse erfordert andere Lösungen, darunter Wasserstoff und CCUS. Die Wasserstoffstrategie für Österreich sieht bis 2030 den Aufbau von 1 GW Elektrolysekapazität sowie die Substitution von mindestens 80 % des fossilen Wasserstoffs in der Industrie vor. Die Aufhebung des Verbots der geologischen CO<sub>2</sub>-Speicherung (unter strengen Auflagen) und die Anpassung der CO<sub>2</sub>-Marktmechanismen an neue Technologien werden die industrielle Transformation weiter vorantreiben. Eine befristete, gezielte Unterstützung bei den Energiekosten für energieintensive Sektoren sollte an klare Dekarbonisierungsziele und Reinvestitionen in CO<sub>2</sub>-arme Technologien geknüpft sein. Marktregeln, die sicherstellen, dass der Preisvorteil kostengünstiger erneuerbarer Energien stärker bei den Endverbrauchern ankommt, tragen dazu bei, die industrielle Basis Österreichs während des Übergangs zu sichern. Eine Abstimmung mit den Nachbarländern soll dazu beitragen, einen Subventionswettbewerb zu vermeiden.

**Die Dekarbonisierung des Gebäudebestands und des Verkehrssektors ist für die Erreichung der österreichischen Klimaziele unerlässlich.** Österreich hat durch Effizienzsteigerungen und den Ersatz von Ölkesseln durch nachhaltige Alternativen wie Fernwärme und Biomassekessel erhebliche Fortschritte bei der Reduzierung der Emissionen im Gebäudebereich erzielt. Der Anteil von Erdöl am Energieverbrauch von Gebäuden sank zwischen 2005 und 2024 von 23 % auf 8 %. Allerdings sind noch immer rund 850 000 Gasheizkessel und 450 000 Ölheizkessel in Betrieb, und der Austausch fossiler Heizsysteme schreitet nicht rasch genug voran. Zur Beschleunigung des Übergangs sind integrierte Wärme- und Kältepläne auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene, vereinfachte Genehmigungsverfahren

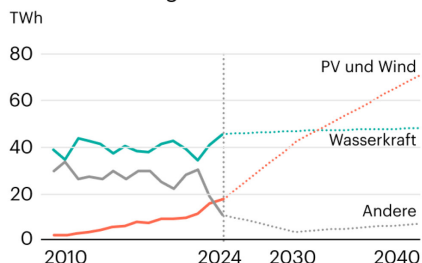
für Wärmepumpen und Fernwärme sowie gezielte Anreize für Vermieter und Mieter erforderlich. Im österreichischen Verkehrssektor, der für 38 % der energiebedingten Emissionen verantwortlich ist, wurden Fortschritte bei der Reduzierung der Emissionen sowie beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Elektrifizierung der Bahn erzielt. Leichte Nutzfahrzeuge stellen den zweitgrößten Endenergieverbrauch dar (rund 160 Petajoule [PJ]), was die anhaltende Bedeutung einer beschleunigten Einführung von Elektrofahrzeugen unterstreicht; das Tempo der Umstellung auf Elektromobilität bleibt jedoch insbesondere in ländlichen Gebieten eine Herausforderung. Zu den wichtigsten Empfehlungen zählen die verstärkte Förderung von Elektrofahrzeugen, die Beseitigung regionaler Ungleichheiten im Bereich der Ladeinfrastruktur sowie der Ausbau von Anreizen für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene.

**Die Energiesicherheitslage Österreichs hat sich dramatisch gewandelt. Dies verdeutlicht, dass Klimaschutz und Versorgungssicherheit sich gegenseitig verstärken.** Vor 2022 deckte Österreich 80 % seines Erdgasbedarfs durch Importe aus der Russischen Föderation – eine Abhängigkeit, die infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine eine radikale Strategieänderung erforderlich machte. Die Regierung hat rasch reagiert und unter anderem die strategische Gasreserve auf 20 TWh erhöht, das Diversifizierungsgesetz verabschiedet sowie Infrastrukturaufrüstungen priorisiert, darunter die Gasleitung „WAG Loop 1“ für *reverse flows*. Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 5 TWh erneuerbares Gas ins Netz einzuspeisen und sich als Wasserstoff-Drehscheibe zu positionieren, wobei bestehende Leitungen für den künftigen Wasserstofftransport genutzt werden sollen. Dazu sollte Österreich eine verlässliche Nachfrage für künftigen emissionsarmen Wasserstoff schaffen und Infrastrukturinvestitionen mit der Entwicklung von Nachfrage-Clustern und internationalen Korridoren abstimmen, gemeinsam mit seinen regionalen Partnern.

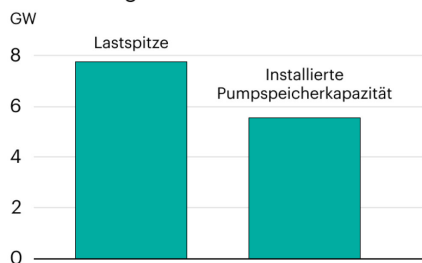
**Durch die Abstimmung von Maßnahmen und Zielsetzungen kann Österreich seine Klima- und Energieziele erreichen und seine Führungsrolle weiter ausbauen.** Das weitgehend dekarbonisierte Stromnetz bildet eine solide Grundlage für die Energiewende des Landes. Dank seiner Pumpspeicherkapazitäten und der gut ausgebauten grenzüberschreitenden Verbindungsleitungen fungiert Österreich zudem bereits als „Batterie“ für die Region. Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, bedarf es jedoch eines kohärenten Maßnahmenpakets über alle Sektoren hinweg, unterstützt durch zeitnahe Rechtsvorschriften, einen beschleunigten Infrastrukturausbau und anhaltende Investitionen in saubere Technologien. Dazu müssen Reibungsverluste zwischen Bund und Ländern überwunden, der Netzausbau beschleunigt und strengere Maßnahmen in den

zurückbleibenden Sektoren Wärme und Verkehr durchgesetzt werden. Österreich kann durch die Verschärfung der Rechtsvorschriften und Verordnungen zur Dekarbonisierung der Industrie und zum Aufbau eines flexiblen, CO<sub>2</sub>-armen Energiesystems mit gutem Beispiel vorangehen, die Versorgungssicherheit stärken und die Energiewende in Europa vorantreiben.

**Der rasche Umbau des österreichischen Stromsystems ist mit neuen Herausforderungen verbunden**



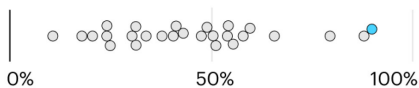
**Pumpspeicherkraft** verschafft Österreich und seinen Nachbarn einen Vorteil bei der Deckung des Flexibilitätsbedarfs



**Platz 1**

in der Europäischen Union beim Anteil **erneuerbarer Energien** am Stromverbrauch (2024)

● Österreich ○ Andere Länder



**Über 11 000**

**Energiegemeinschaften** ermöglichen ein partizipatives Modell für die Energiewende und positionieren Österreich damit als Vorreiter

**Mehr als 80 %**

der **Energiegemeinschaften** wurden seit 2024 gegründet

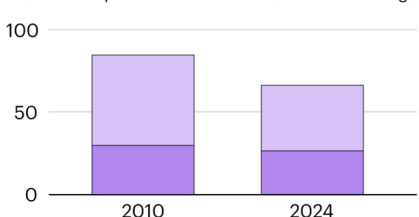


**Erstes**

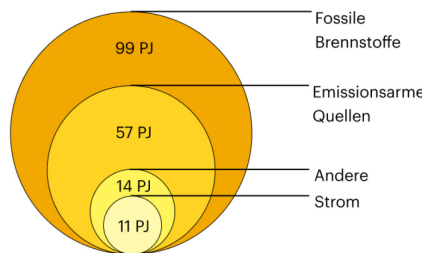
europäisches Land mit einem **integrierten Planungsansatz** für das Energiesystem, der Strom, Gas und Wasserstoff umfasst

**Nicht-industrielle Emissionen** sanken um fast ein Drittel, die **Industrie** verzeichnete jedoch kaum Fortschritte

Mio. t CO<sub>2</sub>-Äq ● Industrie ● Sonstige



Fossile Energieträger dominieren die **Industriewärme**. **Elektrifizierung** und **Innovation** können Effizienzsteigerungen und Emissionsminderungen ermöglichen



IEA. CC BY 4.0.

Die Quellenangaben zu dieser Infografik finden Sie auf der letzten Seite (S. 25).

# Politikempfehlungen für Österreich

## Energiepolitisches Umfeld

- 1 Österreichs ambitionierte Energie- und Klimaziele besser auf die Umsetzungsmechanismen und finanziellen Ressourcen abstimmen.
- 2 Entsprechende Rechtsvorschriften dringend erlassen und umsetzen, um einen förderlichen Rahmen und eine geeignete Governance-Struktur für die Energiewende zu schaffen.
- 3 Durch einen wettbewerbsfähigeren Strommarkt und eine bessere Regulierung des Fernwärmemarktes bezahlbare Preise fördern.
- 4 Den Ausstieg aus fossilen Heizsystemen im Gebäudesektor durch integrierte nationale und kommunale Wärme- und Kältepläne beschleunigen.

## Flexibilität des Energiesystems

### Schwerpunktbereich

- 5 Die Systemflexibilität durch eine bessere Honorierung von Laststeuerung und Speicherung erhöhen.
- 6 Den systemdienlichen Ausbau erneuerbarer Energien durch verbesserte Fördermechanismen und eine stärkere Beteiligung an Systemdienstleistungen erleichtern.
- 7 Den Ausbau der Windenergie durch die Ausweisung von Entwicklungszonen und die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren beschleunigen.

## Stärkung der industriellen Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit

### Schwerpunktbereich

- 8 Die industrielle Wettbewerbsfähigkeit durch an Reinvestitionen in CO<sub>2</sub>-arme Technologien geknüpfte gezielte Unterstützung bei den Energiekosten sichern.
- 9 Das erfolgreiche österreichische Ökosystem für Energieinnovationen besser nutzen, um die Marktführerschaft bei Lösungen für schwer dekarbonisierbare Sektoren voranzutreiben.
- 10 Den Ausbau des österreichischen Wasserstoffnetzes an die industrielle Nachfrage nach emissionsarmem Wasserstoff knüpfen – in enger Zusammenarbeit mit regionalen Partnern.

# Empfehlungen

## 1 Österreichs ambitionierte Energie- und Klimaziele besser auf die Umsetzungsmechanismen und finanziellen Ressourcen abstimmen

Österreich hat sich äußerst ambitionierte Energie- und Klimaziele gesetzt, insbesondere Netto-Null-Emissionen bis 2040 sowie einen Anteil von 100% erneuerbarer Energie an der nationalen jährlichen Strombilanz bis 2030. Die bisherigen Fortschritte lassen jedoch darauf schließen, dass das aktuelle Reduzierungstempo zur Erreichung dieser Ziele nicht ausreicht. Dieser Rückstand hat in Verbindung mit der Einstellung wichtiger Förderprogramme aufgrund von Haushaltseinsparungen zu Unsicherheit bei den wichtigsten Stakeholdern geführt. Wenn Österreich seine Ziele, Umsetzungsmechanismen und verfügbaren finanziellen Ressourcen nicht konsequent aufeinander abstimmt, läuft die Gefahr, dass die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit seiner Energiewende-Politik untergraben wird.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen muss Österreich für realistische Umsetzungsstrategien und eine angemessene Finanzierung seiner Klima- und Energieziele sorgen. Dies erfordert eine umfassende Neubewertung des Energiebedarfs, des erforderlichen Infrastrukturausbaus, der voraussichtlichen Finanzierungskapazitäten sowie der Arbeitskapazitäten. Politische Entscheidungsträger sollten sicherstellen, dass die Ziele und Aktionspläne auf aktuellen Daten basieren und dass jeder Bereich des Energiesystems – Erzeugung, Infrastruktur und Endverbrauch – über konkrete, umsetzbare Maßnahmen verfügt, die durch entsprechende Ressourcen unterstützt werden.

Finanzierungsmechanismen für die Dekarbonisierung sollten gestrafft und konsolidiert werden, um Wirkung und Planungssicherheit zu maximieren, insbesondere in Sektoren mit langfristigem Investitionsbedarf. Die Fördermittel sind derzeit auf verschiedene Programme mit unterschiedlichen Vorschriften und Zeitplänen verteilt, was für die Empfänger zu übermäßiger Komplexität und Ineffizienzen führt. Eine Bündelung der Fördermittel in weniger, dafür umfassendere Mehrjahresprogramme mit klaren Zielen und einheitlichen Kriterien würde den

Verwaltungsaufwand reduzieren und die Planungssicherheit erhöhen. Vereinfachte Verwaltungs- und Förderrahmen würden Investoren zugutekommen, Projekte beschleunigen und die Effizienz der öffentlichen Ausgaben erhöhen. Die Einbindung von Interessensträgern in einen transparenten Prozess sowie klare Signale über künftige Fördermaßnahmen würden Vertrauen und Engagement stärken und den Fortschritt beschleunigen.

Konkret bedeutet eine bessere Abstimmung, die Finanzplanung und Politikgestaltung so zu verzahnen, dass der Umfang und Zeitpunkt der Unterstützung mit der Einführung CO<sub>2</sub>-armer Technologien und naturbasierter Lösungen im Einklang stehen. Eine regelmäßige Überwachung von Schlüsselindikatoren wie der Ausbaugeschwindigkeit erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz würde es den politischen Entscheidungsträgern ermöglichen, die Umsetzungsmechanismen bei Bedarf anzupassen. Durch die Abstimmung der Ziele mit den realen Rahmenbedingungen, den verfügbaren finanziellen Ressourcen und den Umsetzungsmechanismen kann Österreich einen berechenbaren und wirksameren Pfad zur Erreichung seiner Klimaziele einschlagen – zum Nutzen von Wirtschaft und Gesellschaft.

## **2 Entsprechende Rechtsvorschriften dringend erlassen und umsetzen, um einen förderlichen Rahmen und eine geeignete Governance-Struktur für die Energiewende zu schaffen**

Die rasche Annahme entsprechender primär- und sekundärrechtlicher Vorschriften ist unerlässlich, um einen förderlichen und soliden Rahmen sowie robuste Governance-Strukturen für Österreichs Energiewende zu schaffen. Während Strategiedokumente wie der Nationale Energie- und Klimaplan dringend notwendige Maßnahmen darlegen, haben Verzögerungen bei der Verabschiedung von Rechtsvorschriften zu Unsicherheit geführt und die Fortschritte bei der Erreichung der österreichischen Energie- und Klimaziele gebremst. Die jüngst erfolgte Verabschiedung des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes stellt einen wichtigen Schritt in Richtung eines flexiblen, verbraucherfreundlichen und kostengünstigeren Stromsystems dar. Österreich sollte nun der Ausarbeitung der sekundären Rechtsvorschriften zur Umsetzung des Gesetzes sowie der zeitnahen Verabschiedung weiterer ausstehender Rechtsvorschriften Priorität einräumen, darunter der Entwurf des Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetzes sowie

das geplante Gas- und Wasserstoffmarktgesetz. Die ausreichende Ausstattung der E-Control und anderer relevanter Institutionen mit ausreichenden Ressourcen ist entscheidend für die wirksame Umsetzung der neuen gesetzlichen Bestimmungen.

Zeitnahe gesetzliche und regulatorische Maßnahmen sind entscheidend, um Klarheit für Marktteilnehmer zu schaffen, die Kontinuität von Förderprogrammen zu gewährleisten und das Engagement der Regierung für Dekarbonisierung und Energieversorgungssicherheit zu unterstreichen. Die zügige Umsetzung der strategischen Gasreserve während der jüngsten Energiekrise zeigt, wie rasches, koordiniertes gesetzgeberisches Handeln und Konsensbildung greifbare Ergebnisse liefern können.

Konkret bedeutet das, dass die Verabschiedung zentraler primär- und sekundärrechtlicher Vorschriften priorisiert werden muss, die die Systemflexibilität erhöhen, Verbraucher stärken und den Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen. Dazu gehören Maßnahmen zur Straffung von Genehmigungs- und Zulassungsverfahren – insbesondere für Windkraft- und andere erneuerbare Großprojekte – sowie zur Stärkung des Wettbewerbs und des Verbraucherschutzes auf den Strom- und Fernwärmemärkten.

Um die Dekarbonisierungsziele auf möglichst kosteneffiziente Weise zu erreichen, ist ein umfassender Planungsansatz wichtig, der Synergien im gesamten Energiesystem nutzt, einschließlich Strom, Wärme, Kälte, Gas sowie Wasserstoff- bzw. CO<sub>2</sub>-Netzen und -Speicherung. Mit dem integrierten Energieinfrastrukturplan hat Österreich einen positiven Schritt hin zu einem sektorübergreifenden Ansatz genommen. Allerdings haben fragmentierte Governance und geteilte Zuständigkeiten zwischen Bund- und Landesbehörden Fortschritte bei der integrierten Planung und dem Energieinfrastrukturausbau behindert. Durch die Bündelung der Aufsicht auf Bundesebene und die Modernisierung der Governance-Strukturen im Rahmen des neuen Klimaschutzgesetzes kann Österreich Genehmigungsverfahren straffen, die Umsetzung von Maßnahmen harmonisieren und den raschen Ausbau erneuerbarer Energien sowie flexibler Ressourcen erleichtern.

### **3 Durch einen wettbewerbsfähigeren Strommarkt und eine bessere Regulierung des Fernwärmemarktes bezahlbare Preise fördern**

Die Gewährleistung leistbarer Energiepreise in Österreich erfordert entschlossenes Handeln. Österreich würde davon profitieren, fortlaufende Reformen voranzutreiben, um den Ausbau erneuerbarer Energien zu erleichtern, die Systemflexibilität zu erhöhen und Netzkosten zu senken. Darüber hinaus ist es wichtig, den Wettbewerb im Strommarkt zu stärken und die regulatorische Aufsicht im Fernwärmesektor auszubauen. Der österreichische Strommarkt ist derzeit durch eine hohe Marktkonzentration und Dominanz etablierter Versorger geprägt. Der Mangel an effektivem Wettbewerb hemmt Innovationen und begrenzt die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen für Verbraucher. Regionale Tarifstrukturen und Überkreuzbeteiligungen dämpfen die Marktdynamik zusätzlich. Gleichzeitig bietet der Fernwärmesektor – ein natürliches Monopol – zwar erhebliches Potenzial für wirksame Dekarbonisierung und mehr Systemflexibilität, wird jedoch durch mangelnde Transparenz und unklare Preisgestaltung beeinträchtigt, was sich in anhaltenden Verbraucherbeschwerden widerspiegelt. Ohne tiefgreifende Reformen besteht die Gefahr, dass diese Marktstrukturen das Vertrauen von Verbrauchern untergraben, Kostensenkungen erschweren und die umfassende Energiewende bremsen.

Für den Strommarkt könnte die Politik strengere Vorschriften einführen, um Kreuzbeteiligungen zwischen Versorgungsunternehmen zu adressieren und dadurch potenzielle Interessenkonflikte zu reduzieren sowie echten Wettbewerb zu fördern. Die Bestimmungen des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes zur Förderung des Anbieterwechsels, dessen Nutzung derzeit trotz erheblicher Einsparpotenziale weiterhin gering ist, sollten konsequent um- und durchgesetzt werden. Die Gewährleistung transparenter, leicht vergleichbarer und regional zugänglicher Stromtarife und Endkundenangebote würde Verbrauchern die Fähigkeit verleihen, informierte Entscheidungen zu treffen.

Regulatorische Reformen im Fernwärmesektor sollten auf mehr Preistransparenz und stärkeren Verbraucherschutz abzielen, einschließlich klarerer Offenlegung der Tarifstrukturen sowie der Einrichtung von Mechanismen für Verbraucherrückmeldungen und Streitbeilegung. Ein Übergang zu einer leistungsorientierten Regulierung könnte Effizienz und Investitionen in CO<sub>2</sub>-arme Technologien fördern. Weitere gezielte regulatorische Maßnahmen – etwa der

Vergleich von Fernwärmetarifen und die Veröffentlichung von Leistungsdaten – können ebenfalls die Effizienz und die Rechenschaftspflicht in diesem Sektor stärken. Die Schaffung stärker wettbewerbsorientierter und verbraucherfreundlicher Strom- und Wärmemärkte sollte mit Fortschritten bei der Energieeffizienz sowie gezielten Unterstützungsmaßnahmen zum Schutz der am stärksten gefährdeten Verbraucher einhergehen, wie sie etwa im Elektrizitätswirtschaftsgesetz vorgesehen sind.

Österreich würde zudem von einem Rahmen profitieren, der kommunale Fernwärmepäne mit seinem Ziel der Klimaneutralität in Einklang bringt. Dieser sollte Zwischenziele für den Anteil erneuerbarer Wärme im Fernwärmebereich sowie eine verstärkte Förderung von Geothermie, Solarwärme und nachhaltiger Biomasse vorsehen. Die Regierung könnte zudem regulatorische Anreize und vereinfachte Genehmigungsverfahren für die Einbindung von Abwärme aus Industrie und Rechenzentren in Fernwärmenetzen einführen.

## **4 Den Ausstieg aus fossilen Heizsystemen im Gebäudesektor durch integrierte nationale und kommunale Wärme- und Kältepläne beschleunigen**

Die Raumwärme ist der größte einzelne Endenergieverbrauchsbereich in Österreich und damit zentral für die Erreichung der Dekarbonisierungs- und Versorgungssicherheitsziele. Im Jahr 2024 deckte Erdgas weiterhin mehr als 20% des Raumwärmebedarfs, obwohl der Verbrauch rund ein Viertel unter dem Niveau vor der russischen Invasion der Ukraine im Jahr 2022 lag. Dies unterstreicht die Dringlichkeit, veraltete Heizungsanlagen durch CO<sub>2</sub>-arme Alternativen zu ersetzen, darunter moderne Wärmepumpen, erneuerbare Energieträger wie Biomasse, Erdwärme und Solarwärme sowie Fernwärme.

Die derzeit erwartete Austauschrate von rund 30 000 Gasheizungen pro Jahr reicht jedoch nicht aus, um die österreichischen Klimaziele zu erreichen, welche einen jährlichen Austausch von etwa 80 000 Anlagen erfordern. Bei diesem beschleunigten Übergang könnte die wirtschaftliche Nutzungsdauer von Gasverteilungsnetzen auf weniger als ein Jahrzehnt begrenzt sein, was die Notwendigkeit eines strategischen und koordinierten Ansatzes zur Bewältigung von Übergangsrisiken verdeutlicht.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen wird die Annahme integrierter Wärme- und Kältepläne auf nationaler und kommunaler Ebene empfohlen. In diesen Plänen sollte der rasche Ausstieg aus fossilen Heizsystemen priorisiert werden, indem Genehmigungs- und Zulassungsverfahren für Wärmepumpen und Fernwärmeanschlüsse vereinfacht werden – insbesondere in dicht besiedelten städtischen Gebieten, in denen Fernwärme am effizientesten und am besten skalierbar ist. Regulatorische Reformen müssen die Signale gegen den Ersatz alter fossiler Heizsysteme durch neue in Bestandsgebäuden verstärken. Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sollten mit dem Austausch der Heizungsanlage verknüpft werden, um den Energiebedarf zu senken und die Heizleistung zu optimieren. Darüber hinaus sind gezielte Maßnahmen erforderlich, um strukturelle Hindernisse wie das Vermieter-Mieter-Dilemma zu überwinden, das derzeit tiefgreifende energetische Sanierungen und die Modernisierung von Heizungsanlagen im Mietsektor behindert. Dies könnte finanzielle Anreize für Vermieter sowie Instrumente zur erleichterten Beschlussfassung in Gebäuden mit mehreren Eigentümern umfassen. Die Wärmepläne sollten mit den langfristigen Stilllegungsstrategien für Gasnetze abgestimmt werden, um verlorene Vermögenswerte (*stranded assets*) zu vermeiden und die Transformationskosten wirksam zu steuern. Mehr Transparenz und ein stärkerer Verbraucherschutz können zudem dazu beitragen, Vertrauen und die Nutzung von Fernwärme zu fördern.

## 5 Die Systemflexibilität durch eine bessere Honorierung von Laststeuerung und Speicherung erhöhen

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vergütung von Flexibilität ist entscheidend für ein kosteneffizientes und widerstandsfähiges Elektrizitätssystem in Österreich. Der steigende Anteil variabler erneuerbarer Energien wie Wind- und Solarenergie stellt das System aufgrund des Ungleichgewichts zwischen Erzeugung und Nachfrage vor wachsende Herausforderungen, insbesondere über die Jahreszeiten hinweg und zu Lastspitzen.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen wurde mit dem Elektrizitätswirtschaftsgesetz eine umfassende Reform des österreichischen Stromsektors eingeleitet. Nun sollte Österreich der Umsetzung gezielter Maßnahmen Vorrang einräumen, die flexibles Verhalten in allen Verbrauchersegmenten und bei allen Anlagentypen belohnen. Dazu gehören konkret der Ausbau dynamischer und

zeitvariabler Tarife, die durch die hohe Verbreitung von Smart Metern unterstützt werden, um die tatsächlichen Systembedingungen in Echtzeit besser abzubilden und klare Preissignale für Verbraucher und kleine Flexibilitätsanbieter zu setzen. Lokale Flexibilitätsmärkte sollten weiterentwickelt werden, um Flexibilität in Gebieten mit Netzengpässen zu fördern, und die Netzanschlussentgelte könnten angepasst werden, um die Installation von Speichern und anderen Flexibilitätsressourcen an optimalen Standorten zu begünstigen. Bestehende Flexibilitätsmärkte, etwa für Redispatch-Leistungen, müssen kontinuierlich verbessert werden, um eine breitere Marktbeteiligung sowohl großer als auch dezentraler Flexibilitätsressourcen zu ermöglichen.

Parallel dazu sollten regulatorische Rahmenbedingungen angepasst werden, um *revenue stacking* aus Flexibilitäts- und Strommärkten zu erleichtern und sicherzustellen, dass Flexibilitätsanbieter mehrere Erlösströme erschließen können. Während das EIWG eine gemeinsame Flexibilitätsplattform und klarere Rechte für Aggregatoren einführt, wird eine vollständige Interoperabilität zwischen Produkten von Übertragungs- und Verteilnetzbetreibern sowie harmonisierte Abrechnungs- und Abwicklungssysteme unerlässlich sein, bevor ein marktübergreifendes *revenue stacking* über mehrere Dienstleistungen hinweg breit angewendet werden kann. Die Abschaffung doppelter Entgelte für Speicheranlagen ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ebenso wichtig ist die konsequente Durchsetzung der Vorgabe für Netzbetreiber, auch netzunabhängige Alternativen in ihrer Netzplanung zu berücksichtigen. Diese Maßnahmen können nicht nur teure Netzausbauten aufschieben oder vermeiden, sondern auch die Systemstabilität erhöhen und die Gesamtkosten für Endverbraucher senken.

Schließlich wird die Stärkung von Marktsignalen für Verbraucher und Betreiber von Flexibilitätsressourcen systemdienliches Verhalten fördern. Die von der E-Control geplante Reform der Netztarife, einschließlich der Einführung saisonaler und lokaler Netztarife, ist eine positive Entwicklung. Es sind jedoch weitere Reformen erforderlich, um sicherzustellen, dass unterbrechbare Lasttarife und andere Flexibilitätsanreize ausreichende langfristige Signale setzen, um die Nachfrage zu verlagern und Lastspitzen zu reduzieren. Sollte die Förderung von Heimspeichern fortgesetzt werden, sind strenge Kriterien vorzusehen, die einen systemdienlichen Betrieb sicherstellen. Österreich könnte zudem intelligentes Laden von Elektrofahrzeugen fördern sowie Pilotprojekte und regulatorische Rahmenbedingungen für *Vehicle-to-Grid*-Technologien vorantreiben, insbesondere für öffentliche Flotten und Nutzfahrzeuge, und die Nutzung von Ladeinfrastruktur zu

optimalen Zeiten und an optimalen Standorten unterstützen. Darüber hinaus ist die Aufklärung der Verbraucher über die Vorteile der Teilnahme an Laststeuerungsprogrammen von entscheidender Bedeutung.

Durch die Schaffung eines regulatorischen Umfelds, das Flexibilität belohnt, kann Österreich das volle Potenzial seines beträchtlichen Bestands an Flexibilitätsressourcen – Wärmepumpen, Elektrofahrzeuge sowie private und industrielle Batteriespeicher – erschließen und so letztlich die effiziente Integration erneuerbarer Energien sowie die langfristige Dekarbonisierung des Stromsektors unterstützen.

## **6 Den systemdienlichen Ausbau erneuerbarer Energien durch verbesserte Fördermechanismen und eine stärkere Beteiligung an Systemdienstleistungen erleichtern**

Der künftige Ausbau von Photovoltaik und Wind in Österreich muss mit einer soliden Grundstruktur einhergehen, um neue Erzeugungsanlagen effizient in das Stromsystem zu integrieren. Dank einer systemdienlichen Integration können die Systemkosten auf ein geringstmögliches Maß gesenkt werden, indem Netzverstärkungen und -ausbau sowie Investitionen in regelbare Kapazitäten reduziert werden. Die rechtzeitige Umsetzung und Ausweitung der Bestimmungen des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes für neue Anlagen mit variabler erneuerbarer Erzeugung – etwa Fernsteuerbarkeit, dynamisches Sollwert-Management, dynamisches Einspeisemanagement und klare Abregelungsprotokolle – sind entscheidende Schritte hin zu einem systemdienlichen Betrieb.

Gezielte Maßnahmen wie systemdienliche Differenzverträge, lokale Signale in Förderregelungen für erneuerbare Energien, Auktionen und Netzanschlussvereinbarungen, hybride Auktionen (z. B. Photovoltaik + Wind + Batterie), flexible Tarife und Spitzenkappung können die Netznutzung weiter optimieren. Die Anwendung der [Leitlinien der Europäischen Kommission für die Gestaltung zweiseitiger Differenzverträge](#) kann eine kosteneffiziente Integration erneuerbarer Energien ermöglichen und zu besseren Investitionsentscheidungen führen. Da die [Netto-Null-Industrie-Verordnung](#) die Einführung nicht preisbezogener Kriterien bei den Auktionen der Mitgliedstaaten für Energie aus erneuerbaren Quellen

vorschreibt, könnte Österreich die Aufnahme von Kriterien für die [Integration des Energiesystems](#) in Betracht ziehen. Eine Reform des Netzanschlussverfahrens zur Priorisierung von strategisch ausgerichteten Projekten wird Österreich zu einem ausgewogenen, effizienten und belastbaren Ausbau erneuerbarer Energien verhelfen.

Das Wachstum im Bereich der Photovoltaik in Österreich beruht weitgehend auf Aufdachanlagen, die häufig Vorabinvestitionszuschüsse erhalten, jedoch kaum Anreize für eine systemdienliche Integration bieten. Die derzeitigen Zuschüsse unterstützen den Kapazitätsausbau, ohne Einspeisezeitpunkte oder systemdienliches Verhalten zu beeinflussen, was ohne zusätzliche betriebliche oder lokale Signale die Netzbelastung erhöhen kann. Die zeitnahe Einführung ergänzender Signale, wie z. B. zeitvariabler Tarife, kann systemdienliches Verhalten begünstigen.

Eine systemoptimierte Strategie sollte technische Normen umfassen, die Flexibilität bei neuen Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien ermöglichen. Das Elektrizitätswirtschaftsgesetz ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Ein diskriminierungsfreier Marktzugang für Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien auf allen einschlägigen Strommärkten, einschließlich Spot-, Redispatch-, Systemdienstleistungs- und lokalen Flexibilitätsmärkten – schafft zusätzliche Einnahmemöglichkeiten für diese Anlagen. Die Marktregeln sollten überprüft werden, um Hindernisse wie Mindestgebotsgrößen und Aggregierungsobergrenzen zu beseitigen und einen diskriminierungsfreien Zugang für alle Flexibilitätsanbieter, einschließlich unabhängiger Aggregatoren und verteilter Ressourcen, zu gewährleisten.

Darüber hinaus ist der Ausbau von Daten- und Digitalisierungsinitiativen von entscheidender Bedeutung, um Flexibilität und eine wirkungsvolle Koordinierung zwischen den Energiesektoren zu gewährleisten. Genaue Prognosen mit hoher räumlicher und zeitlicher Detailgenauigkeit für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, die Nettolast und die Stromflüsse sind für einen sicheren Betrieb und optimale Marktergebnisse entscheidend. Dies sollte nicht allein den Marktteilnehmern überlassen werden, da die Vorteile verbesserter Vorhersagen dem gesamten System zugutekommen, während einzelne Akteure nicht das gesamte Potenzial ihrer Investitionen ausschöpfen können. Österreich sollte die Anforderungen an zentralisierte und dezentralisierte Prognosen weiter verschärfen und sicherstellen, damit alle netzgekoppelten Anlagen für erneuerbare Energien Echtzeitdaten an die Netzbetreiber übermitteln.

## 7 Den Ausbau der Windenergie durch die Ausweisung von Entwicklungszonen und die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren beschleunigen

Österreichs Ziel, bis 2030 einen Anteil von 100 % erneuerbarer Energien in der jährlichen Strombilanz zu erreichen, setzt einen erheblichen Anstieg der Windstromerzeugung voraus. Windenergie wird jedoch nach wie vor zu wenig genutzt. Dieses Defizit ist in erster Linie auf Standort- und Zonierungsprobleme zurückzuführen. Langwierige und komplexe Genehmigungsverfahren stellen jedoch ebenfalls eine erhebliche Herausforderung für die rasche Realisierung neuer Windprojekte dar. Ein beschleunigter Zubau von Windkraftanlagen ist nicht nur für die Erreichung des 2030-Ziels unerlässlich, sondern auch zur Unterstützung von Österreichs umfassenderer Elektrifizierungsstrategie, die den Ausbau von Wärmepumpen, Elektromobilität und industriellen Lasten wie der Wasserstoffherstellung mittels Elektrolyse umfasst. Darüber hinaus ist der Zubau von Windkraft in Verbindung mit geeigneten Speicherlösungen entscheidend, um saisonale Versorgungsengpässe zu bewältigen und die Widerstandsfähigkeit des Systems zu stärken.

Zur Verwirklichung dieser Ziele sollte Österreich eine Reihe praktischer Maßnahmen ergreifen, mit denen Hindernisse beseitigt und günstige Investitionsbedingungen für Windenergieprojekte geschaffen werden. Erstens müssen alle verfügbaren rechtlichen Instrumente aktiv genutzt werden, um sicherzustellen, dass die regional ausgewiesenen Windkraftentwicklungsgebiete ohne Verzögerung erschlossen werden, wie dies bereits in Niederösterreich, der Steiermark und dem Burgenland der Fall ist. Dazu gehört, öffentliche Flächen in diesen Gebieten durch transparente, langfristige Standardpachtverträge rasch für Windprojekte zugänglich zu machen.

Zweitens ist eine Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens unerlässlich, um Vorlaufzeiten zu verkürzen und Investoren Planungssicherheit zu geben. Um auf den jüngsten Fortschritten aufzubauen, könnte Österreich einen übergeordneten Rahmen für die Energieraumplanung entwickeln. Die Landesbehörden könnten dann den gesamtösterreichischen Bedarf des Energiesystems in ihren Planungsentscheidungen berücksichtigen. Die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Genehmigungen im Einklang mit dem [Paket „Europäische Netze“ der Europäischen Kommission](#) kann Verwaltungsverfahren zentralisieren, die Einhaltung von Vorschriften vereinfachen und Projektgenehmigungen beschleunigen, wodurch

ein rascherer Ausbau gefördert wird. Die Förderung der Einbindung von Interessensträgern und die Klärung der Governance-Regelungen werden schließlich dazu beitragen, lokale Bedenken zu adressieren und die öffentliche Unterstützung zu sichern. Dadurch wird der Weg für den Ausbau der Windenergie weiter geebnet.

## **8 Die industrielle Wettbewerbsfähigkeit durch an Reinvestitionen in CO<sub>2</sub>-arme Technologien geknüpfte gezielte Unterstützung bei den Energiekosten sichern**

Österreichs energieintensive Industrie war durch den starken Anstieg der Energiekosten infolge der russischen Invasion in der Ukraine sowie den Ausstieg aus russischen Gasimporten erheblichen wirtschaftlichen Schocks ausgesetzt. Die Gesamtwertschöpfung in diesen Wirtschaftszweigen liegt derzeit rund 7 % unter dem Niveau von 2019, wobei die energieintensivsten Sektoren am stärksten betroffen sind. Während die Regierung erhebliche Unterstützung durch befristete Entlastungsmaßnahmen und Förderungen für die Abkehr von fossilen Brennstoffen geleistet hat, benötigt der strukturelle Wandel Zeit und die Aussichten bleiben herausfordernd. Im Rahmen der neuen Industriestrategie wird der bestehende Ausgleich für indirekte CO<sub>2</sub>-Kosten im EU-EHS bis 2029 verlängert und nach deutschem Vorbild ein Industriestrompreis von 0,05 EUR/kWh für energieintensive Branchen bis 2028 eingeführt. Dies ist eine Reaktion auf den sich abzeichnenden Subventionswettbewerb zwischen Ländern im Bereich der Industrieenergie zur Abfederung der Auswirkungen steigender Energietarife, die mit höheren CO<sub>2</sub>-Preisen und der Einführung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus der EU zusammentreffen.

Zur Unterstützung der fiskalischen und ökologischen Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen sollte die Regierung weiterhin sicherstellen, dass die staatliche Unterstützung für die Industrie gezielt, befristet und in Effizienzsteigerung, Elektrifizierung und andere Übergangspfade hin zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft reinvestiert werden. Da öffentliche Mittel begrenzt sind, sollte staatliche Unterstützung gezielt werden, wobei die wirtschaftliche Bedeutung, Beschäftigungseffekte und strategische Relevanz für die Versorgungssicherheit der Lieferkette sorgfältig berücksichtigt werden sollten. Dazu gehört auch die Priorisierung von Sektoren, in denen Eingriffe die größten Klimaauswirkungen, Wettbewerbsvorteile und den langfristig größten Nutzen für öffentliche Mittel erzielen können.

Neben niedrigeren Strompreisen könnte die Regierung ergänzende strukturelle Maßnahmen in Betracht ziehen, wie gezielte Netzentgeltbefreiungen, die Koordinierung mit Nachbarländern zur Vermeidung von Subventionswettläufen und die Festlegung von Marktregeln, die es ermöglichen, dass die Endverbraucher stärker von kostengünstigen erneuerbaren Energien profitieren können. Eine planbare, zeitlich begrenzte Unterstützung, die an klare Dekarbonisierungsergebnisse geknüpft ist, kann Österreichs industrielle Basis sichern, Innovationen fördern und klimapolitische sowie wirtschaftliche Vorteile bringen und gleichzeitig dazu beitragen, einer weiteren Deindustrialisierung entgegenzuwirken.

## 9 Das erfolgreiche österreichische Ökosystem für Energieinnovationen besser nutzen, um die Marktführerschaft bei Lösungen für schwer dekarbonisierbare Sektoren voranzutreiben

Österreich kann auf eine beeindruckende Erfolgsgeschichte technologischer Innovationen in energieintensiven Branchen verweisen, die weltweit Produktionsprozesse verändert haben. Dank hoher Forschungs- und Entwicklungsförderung und zahlreicher transformativer Innovationen in fortgeschrittenen Entwicklungsstadien ist Österreich heute gut positioniert, um nicht nur die eigenen ambitionierten Dekarbonisierungsziele zu erreichen, sondern auch die globale Industrietechlogielandschaft umzugestalten.

Um sein Innovationsökosystem besser zu nutzen und die Einführung innovativer Dekarbonisierungslösungen der Industrie zu beschleunigen, sollte die österreichische Regierung klare, sektorspezifische Regelungen festlegen, die Planungs- und Investitionssicherheit bieten. Die in der neuen Industriestrategie geplante Aufhebung des Verbots der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -speicherung sowie die Förderung der Nutzung des abgeschiedenen CO<sub>2</sub> als Rohstoff eröffnen wichtige neue Dekarbonisierungspfade für schwer zu dekarbonisierende energieintensive Sektoren.

Öffentliche Unterstützung sollte in einen klaren Übergangspfad mit festgelegten Zwischenzielen und Ausstiegsstrategien eingebettet sein, um sicherzustellen, dass Förderungen das Entstehen neuer Märkte sowie *learning by doing* fördern und nicht zu einer langfristigen Belastung der öffentlichen Finanzen werden. Gut konzipierte öffentlich-private Partnerschaften und zeitlich begrenzte Transformationsfonds können dazu beitragen, Technologien unter österreichischer Federführung – von der

wasserstoffbasierten Stahlerzeugung bis zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung in der Zementindustrie – zu skalieren und gleichzeitig die Haushaltsdisziplin zu wahren. Durch die Abstimmung von strategischer Priorisierung, Regulierung und Innovationsförderung kann Österreich Klimaneutralität der Industrie erreichen und gleichzeitig seine globale Wettbewerbsfähigkeit im Bereich sauberer Industrietechnologien stärken.

## **10 Den Ausbau des österreichischen Wasserstoffnetzes an die industrielle Nachfrage nach emissionsarmem Wasserstoff knüpfen – in enger Zusammenarbeit mit regionalen Partnern**

Für die Erreichung Österreichs ambitionierter Klimaziele ist der Aufbau einer Nachfrage nach emissionsarmem Wasserstoff in schwer zu dekarbonisierenden Industrien wie der Stahl-, Chemie- und Raffineriebranche entscheidend. Dies dient im Kontext des dauerhaften Verbots von Erdgasimporten aus Russland zudem der Energiediversifizierung und eröffnet Möglichkeiten zur Umnutzung von Teilen der bestehenden österreichischen Gasinfrastruktur, die bisher als Drehscheibe für Mitteleuropa gedient hat. Internationale Erfahrungen zeigen, dass Fortschritte bei der Wasserstoffinfrastruktur am ehesten im großen Maßstab gelingen, sobald langfristige Abnahmeverträge gesichert sind.

Eine kurzfristige Priorität ist die fristgerechte Umsetzung und Operationalisierung der für Industrie und Verkehr relevanten RED-III-Ziele. Diese sollten einen transparenten Zielpfad für den Zeitraum 2026-2030 vorsehen, einschließlich Zwischenzielen, Erfüllungsmechanismen und Überprüfungsregeln. Angesichts der derzeitigen Kostendifferenz zwischen emissionsarmem Wasserstoff und fossilen Alternativen sollte Österreich die frühe Abnahme mithilfe von Vertrags- und Risikoabsicherungsinstrumenten absichern, etwa CO<sub>2</sub>-Differenzverträgen, Fixprämien oder gezielten Dekarbonisierungsbeihilfen für die Industrie aus nationalen und EU-Fördermitteln.

Die Planung der Wasserstoffinfrastruktur sollte parallel erfolgen, jedoch schrittweise und abhängig von gesicherter Nachfrage umgesetzt werden. Der Aufbau eines Wasserstoff-Startnetzes sollte sich auf klar umrissene Industriecluster wie Linz, die Steiermark und den Wiener Raum konzentrieren und dabei Flexibilität hinsichtlich Zeitplan, Umfang und Reichweite des Netzausbaus bewahren.

Grenzüberschreitende Verbindungen, einschließlich möglicher Anbindungen an südliche Gaskorridore, sollten in enger Abstimmung mit den österreichischen Nachbarländern, auch im Rahmen des *Pentalateralen Energieforums*, vorangetrieben und auf gemeinsame Standards und Zeitpläne ausgerichtet werden. Eine Ausweitung sollte erst erfolgen, wenn die regionale Nachfrage konkret wird.

---

Anmerkungen zur Infografik:

*Stromversorgung:* „Andere“ umfasst Handel und Pumpspeicherkraft und wird auf Basis des historischen Strombedarfs (einschließlich des für Pumpspeicher verwendeten Stroms) und der Nachfrageprognosen aus dem ÖNIP-Transitionsszenario berechnet.

*Pumpspeicherkraft:* Als Lastspitze gilt der stündliche Höchstwert im Jahr 2025.

*Industrie- und sonstige Emissionen:* Zur Schätzung der Industrieemissionen für 2024 werden die Verhältniswerte von 2023 herangezogen. Der Verhältniswert 2023 errechnet sich aus dem Anteil der Erdölraffination und der Herstellung fester Brennstoffe in der Energiewirtschaft. LULUCF ist in der Analyse nicht berücksichtigt.

*Industriewärme:* Raumklima und Warmwasser in der Industrie bleiben unberücksichtigt.

Emissionsarme Quellen beziehen sich auf Bioenergie und Fernwärme.

Quellenangaben zur Infografik:

*Stromversorgung:* IEA-Analyse auf Grundlage von IEA (2026), [Electricity Information](#).

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie der Republik Österreich (2024), [Integrierter österreichischer Netzinfrastrukturplan](#) (abgerufen März 2026).

*Pumpspeicher:* IEA-Analyse auf Grundlage von E-Control (2025), [Betriebs- und Bestandsstatistik – Kraftwerkspark für Stromerzeugung in Österreich](#) (abgerufen Februar 2026); IEA-Analyse auf der Grundlage von ENTSO-E (2026), [Transparency Platform](#), erhoben über den IEA [Real-Time Electricity Tracker](#) (abgerufen Februar 2026).

*Strom aus erneuerbaren Energieträgern:* IEA-Analyse auf Grundlage von Eurostat (2026), [Nutzung erneuerbarer Energien für Strom](#) (abgerufen Januar 2026).

*Energiegemeinschaften:* IEA-Analyse auf Grundlage der Daten des österreichischen Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus, 2026.

*Industrie- und sonstige Emissionen:* IEA-Analyse auf der Grundlage von EEA (2026), [EEA-Treibhausgasdaten-Viewer](#) (abgerufen März 2026); EEA (2026), [EEA-Näherungsschätzung für Treibhausgasemissionen](#) (abgerufen März 2026).

*Industriewärme:* IEA-Analyse auf Grundlage von Statistik Austria (2026), [Nutzenenergieanalyse](#) (abgerufen März 2026).

## International Energy Agency (IEA)

German translation of *Austria 2026 Energy Policy Review (Executive summary)*

Dieses Dokument wurde ursprünglich auf Englisch veröffentlicht. Die IEA hat zwar im Rahmen des Möglichen sichergestellt, dass die deutsche Übersetzung dem englischen Original getreu ist, kleine Abweichungen sind jedoch nicht auszuschließen.

This work reflects the views of the IEA Secretariat but does not necessarily reflect those of the IEA's individual Member countries or of any particular funder or collaborator. The work does not constitute professional advice on any specific issue or situation. The IEA makes no representation or warranty, express or implied, in respect of the work's contents (including its completeness or accuracy) and shall not be responsible for any use of, or reliance on, the work.



Subject to the IEA's [Notice for CC-licensed Content](#), this work is licenced under a [Creative Commons Attribution 4.0 International Licence](#).

Unless otherwise indicated, all material presented in figures and tables is derived from IEA data and analysis.

IEA Publications  
International Energy Agency  
Website: [www.iea.org](http://www.iea.org)  
Contact information: [www.iea.org/contact](http://www.iea.org/contact)

Typeset in France by IEA - May 2026  
Cover design: IEA

## Österreich 2026

### Länderprüfung Energiepolitik

Regierungshandeln ist entscheidend, um eine sichere und nachhaltige Energiewende zu gewährleisten. Die Energiepolitik ist nicht nur für den Energiesektor von wesentlicher Bedeutung, sondern auch für die Erfüllung ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Zielsetzungen. Die Regierungen müssen nicht nur den spezifischen Erfordernissen ihres jeweiligen Landes gerecht werden, sondern auch den regionalen Kontext berücksichtigen und zur Bewältigung globaler Herausforderungen beitragen. Vor diesem Hintergrund führt die Internationale Energieagentur (IEA) Länderprüfungen (*Energy Policy Reviews*) durch, um die Regierungen dabei zu unterstützen, die Wirkungskraft ihrer Energie- und Klimapolitik zu erhöhen.

Dieser Prüfbericht wurde in Partnerschaft mit der österreichischen Bundesregierung erarbeitet und stützt sich auf das umfassende Fachwissen der IEA und Beiträge von Experten aus den IEA-Mitgliedsländern. Er erörtert die drängendsten energiepolitischen Herausforderungen für Österreich und empfiehlt mögliche Lösungsansätze, basierend auf internationalen *best practices*. Außerdem werden Bereiche aufgezeigt, in denen Österreich anderen Ländern als Vorbild für eine sichere Transformation hin zu einer klimafreundlichen Energieversorgung dienen kann. Darüber hinaus leistet der Bericht einen Beitrag zum länderübergreifenden Austausch von *best practices*, der dazu dient, das gegenseitige Lernen, die Konsensbildung und den politischen Willen für eine nachhaltige und bezahlbare Energiezukunft zu stärken.